Vom Gesetz zur Praxis:
STÄRKUNG DER BESCHULDIGTENRECHTE IM POLIZEILICHEN ERMITTLUNGSVERFAHREN (ProRPC)

Audiovisuelle Aufnahmen

FACTSHEET

Irish Council for Civil Liberties

Kofinanziert von der
Europäischen Union

Dieses Factsheet wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Der Inhalt dieser Veröffentlichung liegt ausschließlich in der Verantwortung der Autorinnen und Autoren und kann keinesfalls als Meinungsäußerung der Europäischen Union angesehen werden.

Vom Gesetz zur Praxis:

STÄRKUNG DER BESCHULDIGTENRECHTE

IM POLIZEILICHEN ERMITTLUNGSVERFAHREN (ProRPC)

Audiovisuelle Aufnahmen

Beschreibung des Projekts

Verfasser:innen

Das Factsheet wurde im Rahmen des EU-Projekts „Vom Gesetz zur Praxis: Stärkung der Beschuldigtenrechte im polizeilichen Ermittlungsverfahren“ ausgearbeitet, das von Dezember 2020 bis März 2023 vom Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte (LBI-GMR, Österreich) in Zusammenarbeit mit APADOR-CH (Rumänien), Fair Trials Europe (Belgien), dem Irish Council for Civil Liberties (Irland) und Rights International Spain (Spanien) durchgeführt wurde.

Das Factsheet wurde von Sarah O'Malley and Elizabeth Carthy vom Irish Council for Civil Liberties verfasst. Das Kapitel über die regionalen Herausforderungen stützt sich stark auf die Arbeit von Fair Trials Europe, dessen Mitarbeiter:innen im Rahmen dieses Projekts eingehende Untersuchungen auf regionaler Ebene durchgeführt haben. Die deutsche Übersetzung wurde vom Übersetzungsbüro Connect Translations Austria GmbH durchgeführt und von Hauke Benjes-Pitcz (LBI-GMR) redigiert.

Danksagung

Das Projektteam dankt hiermit allen Strafrechtsakteurinnen und Strafrechtsakteuren, Expertinnen und Experten, (politischen) Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, Praktikerinnen und Praktikern und allen Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, die an den Diskussionsrunden und Konsultationen dieses Projekts teilgenommen haben, für ihr Engagement und ihren Einsatz.

Unser aufrichtiger Dank gilt auch den vier Mitgliedern des externen Beirats: Marine Braun, Ed Lloyd-Cape, Ivar Fahsing und Gwen Jansen für ihr wertvolles Feedback und die Beratung. Wir möchten uns auch bei Moritz Birk, Walter Suntinger und Helmut Sax bedanken, die wertvolle Beiträge und Kommentare geliefert haben.

Hinweise zum Projekt und zum Factsheet

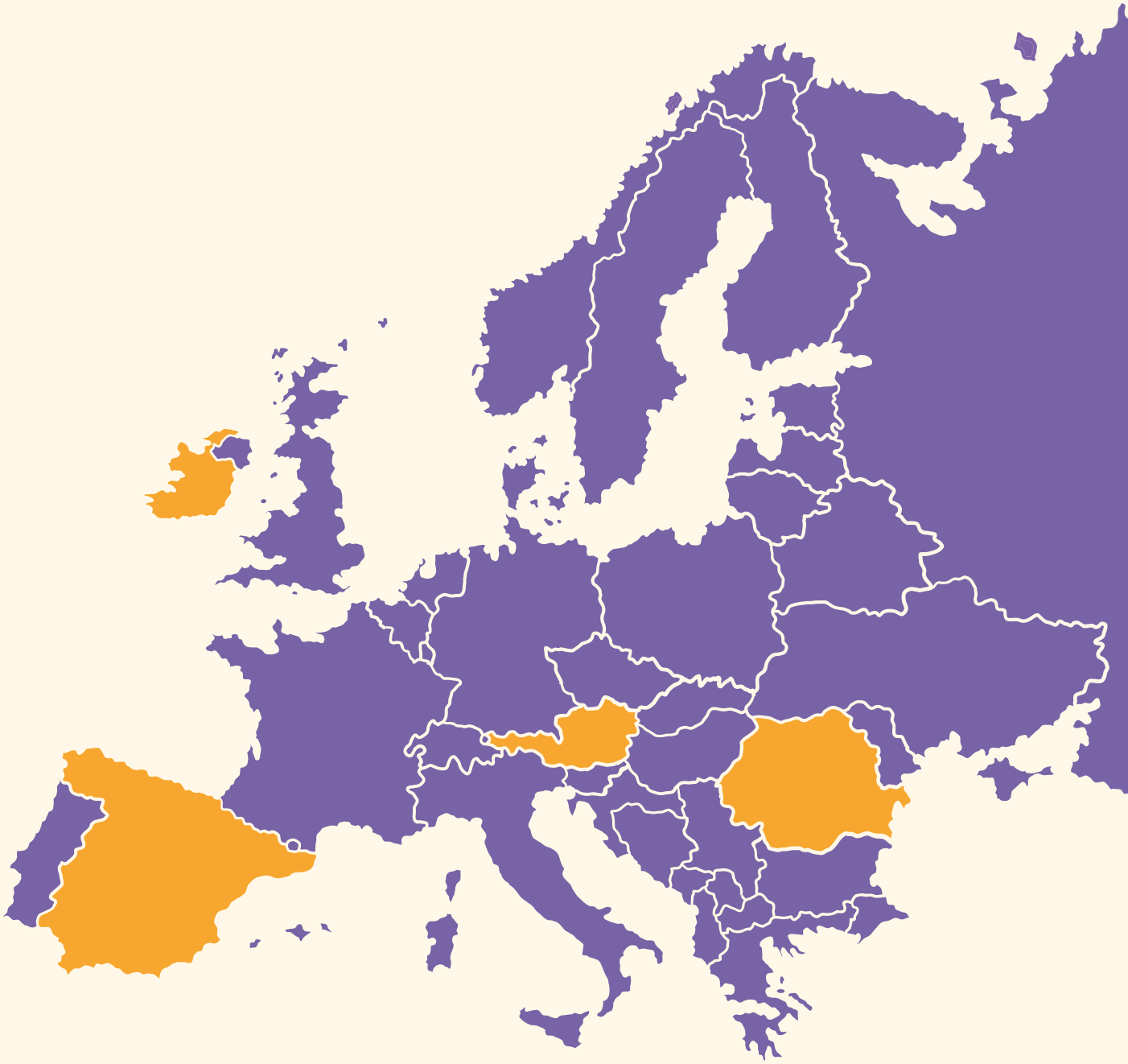
Das Factsheet unterstreicht die Bedeutung der audiovisuellen Aufnahmen während strafrechtlicher Ermittlungsverfahren. Außerdem werden die identifizierten Herausforderungen und vielversprechende Praktiken erörtert. Ziel ist es, eine Antwort auf die Frage zu geben, WAS getan werden kann, um die Verfahrensrechte zu stärken. Zu diesem Zweck werden im Factsheet die Schlüsselelemente der vielversprechenden Praktiken herausgearbeitet und es wird versucht, die daraus gezogenen Lehren darzulegen. Dabei werden im Factsheet nicht nur die vielversprechenden Praktiken beschrieben, sondern es werden auch drei Hauptfragen untersucht:

- Was sind die wichtigsten Vorteile der vielversprechenden Praktiken?
- Wie sind die vielversprechenden Praktiken entstanden? (z. B.: Was war der Auslöser für ihre Einführung? Was waren die Herausforderungen im Vorfeld?)
- Was sind die verbleibenden Herausforderungen bei der Umsetzung der vielversprechenden Praktiken?

Das Factsheet richtet sich an alle Vertreter:innen der Strafjustiz und an Strafverteidiger:innen, die an einer Reform ihres nationalen Systems interessiert sind. Die Untersuchungen der vielversprechenden Praktiken konzentrierten sich insbesondere auf die Praktiken von vier EU-Mitgliedstaaten: Österreich, Irland, Spanien und Rumänien. Zusätzliche Praktiken und Beispiele aus anderen EU-Mitgliedstaaten wurden durch regionale Beratungsgespräche sowie durch von Fair Trials Europe durchgeführte Untersuchungen auf regionaler Ebene zusammengetragen.

Da jede Praxis in einem bestimmten nationalen Kontext entstanden ist, wird es für eine erfolgreiche Umsetzung immer wichtig sein, sie an die nationalen Kontexte, Dynamiken und Kulturen anzupassen. Wir hoffen jedoch, dass die Verbreitung von Informationen über die Reformprozesse in anderen Ländern nützliche Anregungen zur Stärkung der Verfahrensrechte und zur Überwindung bestehender Hindernisse bieten kann.

Weitere Factsheets der Reihe behandeln die Bereiche Recht auf Information, Zugang zu einem Rechtsbeistand und Verfahrenshilfe. Die Factsheets sollten in Kombination mit dem Abschlussbericht gelesen werden, der Aufschluss darüber gibt, WIE die angestrebten Veränderungen erreicht werden können.



Projektdefinitionen

An Garda Síochána

Die Nationalpolizei der Republik Irland. Mitarbeitende der An Garda Síochána werden Gardaí (Plural) oder Garda (Singular) genannt, formlos auch Guards. Die Polizeistelle heißt Garda Station, im weiteren Text Garda-Dienststelle.

Audiovisuelle Aufzeichnung (AVA)

Audiovisuelle Aufzeichnung bezeichnet eine Aufzeichnung, auf der Bilder – dazu gehören mit Ton unterlegte Bilder – aufgezeichnet oder anderweitig gespeichert sind, einschließlich Laufbildfilm, Videokassette, Videoband, Videodiskette, andere Aufzeichnungsmedien oder eine Kopie, die das Original ganz oder teilweise dupliziert.

Kind

Ein Kind ist gemäß Artikel 1 der UN-Kinderrechtskonvention (KRK – Convention on the Rights of the Child, CRC) jede Person unter 18 Jahren. Wenn von einem Kind die Rede ist, das eine verdächtige oder beschuldigte Person ist, kann der Begriff Kind in bestimmten Fällen auch auf Personen über 18 Jahre ausgedehnt werden, wie in der EU-Richtlinie (EU) 2016/800 vom 11. Mai 2016 festgelegt.

Member in Charge / Custody Officer (Zuständige:r Mitarbeitende:r / Aufsichtsperson für Personen, die sich in Gewahrsam befinden)

Die oder der Zuständige Mitarbeitende in einer Garda-Dienststelle sind die Garda, die in der Dienststelle dafür verantwortlich sind, dass die Rechte im Gewahrsam gemäß den Custody-Verordnungen (den Regeln, die die AVA vorsehen) durchgesetzt werden. Soweit dies möglich ist, sind Member in Charge bzw. Custody Officer nicht an der Verhaftung einer Person, die sich in Gewahrsam befindet, oder an den Ermittlungen zu dieser Straftat beteiligt.

Personen, die sich in einer schutzbedürftigen Situation befinden

Jede Person, die aufgrund ihrer besonderen Situation oder Umstände besondere Pflege, Aufmerksamkeit oder Unterstützung benötigt.

Rechtsbeistand/Strafverteidiger:in

Eine Rechtsanwältin oder ein Rechtsanwalt die oder der nach nationalem Recht qualifiziert und befugt ist, im Namen ihrer oder seiner Mandantinnen und Mandanten zu plädieren und zu handeln, vor Gericht zu erscheinen oder ihre oder seine Mandantinnen und Mandanten in Rechtsangelegenheiten zu beraten und zu vertreten. Der Rechtsbegriff „Strafverteidiger:in“ kann als Synonym zum im EU-Kontext verwendeten Terminus „Rechtsbeistand in Strafverfahren“ verstanden werden.

Transkription

Die Auswertung einer Audio-, Video- oder Audio-Video-Aufnahme, die in einer Abschrift zur Verwendung in einem Gerichtsverfahren festgehalten wird.

Tonaufnahme

Bezeichnet eine Aufnahme, die mit einem beliebigen Gerät gemacht wird, auf dem Töne aufgezeichnet werden, sodass diese wiedergegeben werden können.

Vernehmung/Einvernahme

Die Befragung einer verdächtigen oder beschuldigten Person durch eine Strafverfolgungsbeamtin oder einen Strafverfolgungsbeamten zu seiner mutmaßlichen Beteiligung an einer strafbaren Handlung oder einem Vergehen.

Einführung

Die audiovisuelle Aufzeichnung (AVA) von polizeilichen Vernehmungen gewährleistet nicht nur den Schutz der Befragten, sondern schützt auch die Polizei vor falschen Anschuldigungen wegen Misshandlung oder Nötigung. Sie hat auch den Vorteil, dass sie die Beweise für Aussagen oder Geständnisse, die in Polizeigewahrsam gemacht wurden, verstärken. Eine AVA ist das beste Beweismittel dafür, was im Laufe einer Vernehmung passiert ist. Es ist eine objektive Aufzeichnung von Ereignissen, bei der Körpersprache, Tonfall und Verhalten von unabhängigen Dritten bewertet werden können.[1]

Die AVA trägt auch zur Transparenz bei, was wiederum das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei stärkt und letztlich zu dauerhaften Veränderungen im Verhalten der Polizei in Bezug auf Verhörtechniken und -verfahren führt. Dies ist von entscheidender Bedeutung in Strafjustizsystemen, in denen immer noch Zwangsverhörtechniken oder irreführende Verhörtechniken eingesetzt werden, um Geständnisse zu erlangen, obwohl immer mehr Menschen davon überzeugt sind, dass diese zu falschen Geständnissen und Justizirrtümern führen.[2] Tatsächlich unterstützte die AVA die Verlagerung des Schwerpunkts von Vernehmungen weg vom Erlangen von Geständnissen hin zu Vernehmungstechniken, die darauf abzielen, herauszufinden, was tatsächlich geschehen ist. So wird sie zu einer wichtigen Schutzmaßnahme gegen die Verfälschung von Vernehmungen und das Risiko von falschen Geständnissen. Audiovisuelle Aufzeichnungen könnten auch zur Verbesserung der Professionalität der Polizeiarbeit und zur Ausbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eingesetzt werden. Und audiovisuelle Aufzeichnungen könnten Forscherinnen und Forschern dabei helfen, Einblicke in die Polizeiarbeit zu gewinnen.[3]

Wenn es um die Einhaltung der durch die EU-Richtlinien für Verfahrensrechte[4] garantierten Rechte geht, ist es schwierig, festzustellen, was bei Vernehmungen hinter verschlossenen Türen tatsächlich passiert ist.[5] Die AVA hat das Potenzial, die wirksame Anwendung anderer Rechte zu gewährleisten und kann den Prozess ausreichend transparent machen, damit verdächtige Personen gegen Verstöße

---

[1] Organisationen wie das Innocence Project haben dokumentiert, wie wichtig AVA für den Schutz vor Fehlurteilen sind, die auf der Grundlage falscher Geständnisse gefällt wurden. Auf das Innocence Project „False Confessions & Recording Of Custodial Interrogations“ kann ab 5. Dezember 2022 unter der Adresse <https://innocenceproject.org/false-confessions-recording-interrogations/> zugegriffen werden.

[2] Ebd.

[33] Principles on Effective Interviewing for Investigations and Information Gathering, Mai 2021, § 160 <https://interviewingprinciples.com>.

[4] Richtlinie 2010/64/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren, ABl. L 280 vom 26.10.2010, 1 (**Richtlinie über das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen**); Richtlinie 2012/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über das Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren, ABl. L 142 vom 1.6.2012, 1 (**Richtlinie über das Recht auf Belehrung und Unterrichtung**); Richtlinie 2013/48/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand in Strafverfahren und in Verfahren zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls sowie über das Recht auf Benachrichtigung eines Dritten bei Freiheitsentzug und das Recht auf Kommunikation mit Dritten und mit Konsularbehörden während des Freiheitsentzugs, ABl. L 294, 6.11.2013, 1 **(Richtlinie über den Zugang zu einem Rechtsbeistand**); Richtlinie (EU) 2016/343 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über die Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren, ABl. L 65 vom 11.3.2016, 1 (**Richtlinie über die Unschuldsvermutung**); Richtlinie (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen sind, ABl. L 132 vom 21. 5.2016, 1 (**Richtlinie über Verfahrensgarantien für Kinder**); Richtlinie (EU) 2016/1919 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Prozesskostenhilfe für Verdächtige und beschuldigte Personen in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls, ABl. L 297 vom 4.11.2016, 1 (**Richtlinie über Prozesskostenhilfe**).

[5] Fair Trials, „PROCAM International Desk Report, audio-visual recording during interrogations“ (2018), S. 4, <https://www.fairtrials.org/articles/publications/audiovisual-recordings-during-interrogations/>.

gegen Verfahrensrechte wirksam vorgehen können.[6] Insbesondere kann die AVA dazu beitragen, sicherzustellen:

- dass verdächtige Personen zu Beginn der Vernehmung in klarer und verständlicher Form korrekt über ihre Rechte informiert werden, insbesondere über das Recht, einen Rechtsbeistand hinzuzuziehen, eine Information, die von den Ermittlungsbehörden in der Praxis nicht immer korrekt vermittelt wird;[7]

- dass während der Vernehmung qualitativ hochwertige Dolmetschdienste zur Verfügung gestellt werden;[8]

- dass unzulässiger Zwang, Folter und andere Misshandlungen während der Vernehmung verhindert werden;[9]

- dass die Untersuchung von Vorwürfen betreffend Verfahrensverstöße oder Misshandlungen erleichtert wird, was im beiderseitigen Interesse der fragenden und der befragten Person liegt.[10]

---

[6] Justicia Network, *„Inside Police Custody 2"*, (2018), S. 58, <https://www.fairtrials.org/articles/publications/inside-police-custody-2/>.

[7] Dadurch werden die in der Richtlinie über das Recht auf Belehrung und Unterrichtung verankerten Rechte geschützt. EU-Agentur für Grundrechte (FRA), „Rights in practice: access to a lawyer and procedural rights in criminal and European arrest warrant proceedings", S. 40-44, <<https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2019-rights-in-practice-access-to-a-lawyer-and-procedural-rights-in-criminal-and-european-arrest-warrant-proceedings.pdf>.

[8] Dadurch werden die in der Richtlinie über das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen verankerten Rechte geschützt. Justicia Network, *„Inside Police Custody 2"*, (2018), S. 40, <https://www.fairtrials.org/articles/publications/inside-police-custody-2/>.

[9] Dadurch werden die in der UN-Konvention gegen Folter verankerten Rechte geschützt. Fair Trials, „PROCAM International Desk Report, audio-visual recording during interrogations" (2018), S. 4, <https://www.fairtrials.org/articles/publications/audiovisual-recordings-during-interrogations/>. SRT (Mendez) „Interim Report of the Special Rapporteur on Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment" (2016) A/71/298, § 84 [nachfolgend: SRT (Mendez) A/71/298]; EGMR, *Doyle v Ireland*, Klage Nr. 51979/17, § 99; CPT, 12. Jahresbericht, CPT/Inf (2002)15, § 36, https://rm.coe.int/1680696a76; *siehe auch* Fair Trials und Ungarisches Helsinki-Komitee, „Meeting report – Experience-sharing Event on Audio-visual Recording of Interrogations in Criminal Proceedings", 9. November 2018.

[10] Principles on Effective Interviewing for Investigations and Information Gathering, Mai 2021, § 177 <https://interviewingprinciples.com>.

Internationale und europäische Standards

Aus Perspektive der Wahrung internationaler Menschenrechte ist der Einsatz von AVA bei polizeilichen Vernehmungen ein bewährtes Verfahren.[11]

Auf internationaler Ebene stellte der UN-Sonderberichterstatter für Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe im Jahr 2016 fest, dass die *„Aufzeichnung von Vernehmungen ein grundlegender Schutz gegen Folter, Misshandlung und Zwang ist, und im Strafrechtssystem und im Zusammenhang mit jeder Form der Inhaftierung angewandt werden sollte. Es müssen alle zumutbaren Anstrengungen unternommen werden, um die Vernehmung vollständig auf Audio- oder Videobasis aufzuzeichnen."* (Original: *recording of interviews is a fundamental safeguard against torture, ill-treatment and coercion and ought to apply in the criminal justice system and in connection to any form of detention. Every reasonable effort must be made to record interviews, by audio or video, in their entirety*.)[12] Der UN-Sonderberichterstatter stellte in einem Bericht aus dem Jahr 2002 fest, dass „Beweismittel aus nicht aufgezeichneten Verhören von Gerichtsverfahren ausgeschlossen werden sollten." (Original: [e]vidence from non-recorded interrogations should be excluded from court proceedings).[13]

Die neuen internationalen *Grundsätze für eine effektive Vernehmung bei Ermittlungen und Informationsbeschaffung* (die „Grundsätze" – Principles on Effective Interviewing for Investigations and Information Gathering), die im Mai 2021 veröffentlicht wurden,[14] zielen darauf ab, die Art und Weise, wie Behörden Vernehmungen durchführen, zu ändern und dadurch das Vertrauen in die staatlichen Vernehmungsprozesse zu verbessern. Sie bieten Leitlinien für Vernehmer:innen, um zuverlässige Informationen unter vollständiger Achtung der Menschenrechte und Verfahrensgarantien zu erhalten und empfehlen in diesem Zusammenhang die AVA der gesamten Vernehmung.[15]

Der UN-Ausschuss gegen Folter (United Nations Committee against Torture – CAT) empfiehlt AVA als eine wirksame Methode zur Verhinderung von Folter und anderen Formen der Misshandlung.[16] Der Ausschuss empfiehlt den Staaten immer wieder, die AVA zu einem obligatorischen, standardisierten

---

[11] Siehe zum Beispiel die Richtlinie über Verfahrensgarantien für Kinder, die AVA für die Vernehmung von Kindern vorschreibt; Europäische Kommission, „Empfehlung der Kommission vom 27. November 2013 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte schutzbedürftige Personen", (2013/C 378/02) <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013H1224(02)&from=EN#:~:text=The%20aim%20of%20this%20Recommendation,('vulnerable%20persons')>. Darin wird vorgeschrieben, dass die Vernehmung von Erwachsenen in schutzbedürftigen Situationen in der Voruntersuchungen audiovisuell aufgezeichnet werden muss (Punkt 13); „Principles on Effective Interviewing for Investigations and Information Gathering", Mai 2021, § 99 <https://www.apt.ch/sites/default/files/inline-files/apt_PoEI_EN_08.pdf>.

[12] SRT (Mendez) A/71/298, § 84.

[13] SRT (van Boven) „Report of the Special Rapporteur on the question of torture submitted in accordance with Commission resolution 2002/38" (2002) E/CN.4/2003/68, § 26(g). Siehe auch SRT (Rodley) „Report of the Special Rapporteur on the question of torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment" (2001) A/56/156, § 34.

[14] Principles on Effective Interviewing for Investigations and Information Gathering, Mai 2021, <https://interviewingprinciples.com>.

[15] Ebd., §§ 99 und 176.

[16] CAT, „General Comment No 2 on the Implementation of Article 2 by States Parties" (2008) UN Doc CAT/ C/ GC/ 2, §§ 13-14.

und systematischen Verfahren zu machen[17] und die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen.[18] Der CAT empfiehlt, dass AVA in allen Vernehmungen durchgeführt werden, ungeachtet der Art der Straftat.[19] Schließlich empfiehlt der CAT, das Videomaterial für einen ausreichend lange Zeit in gesicherten Einrichtungen aufzubewahren, damit es als Beweismittel verwendet[20] und allen zuständigen Justizbehörden, den Inhaftierten, ihrem Rechtsbeistand und Familienangehörigen[21] sowie gegebenenfalls anderen zur Verfügung gestellt werden kann.[22] Die Empfehlung, die AVA verbindlich zu machen, wurde auch vom UN-Menschenrechtsausschuss (UN Human Rights Committee) angenommen.[23]

Auf regionaler Ebene hat das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (European Committee for the Prevention of Torture – CPT) bei mehreren Gelegenheiten die Bedeutung der AVA für den Schutz von Inhaftierten betont. In seinem Allgemeinen Bericht aus dem Jahr 1992 stellte das CPT fest, dass AVA von polizeilichen Vernehmungen eine „*nützliche Schutzmaßnahme*“ (Original: useful safeguard) sowohl für Inhaftierte als auch für die Polizei sei.[24] In einem weiteren Bericht aus dem Jahr 2002 weist das CPT erneut auf die vielen Vorteile hin.[25]

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in einem Fall festgestellt, dass die AVA „eine wichtige Schutzmaßnahme ist, da sie zweifellos dazu dient, den Druck auf die Polizei aufrechtzuerhalten, gesetzeskonform zu handeln. Sie ermöglichte es den nationalen Gerichten auch, fundierte Entscheidungen zu treffen, wenn es um die Frage ging, ob die bei der polizeilichen Vernehmung gewonnenen Beweise zugelassen werden konnten.“ (Original: an important safeguard as it doubtless acted to maintain pressure on the police to act in conformity with the law. It also enabled the domestic courts to make well informed decisions when considering whether it was possible to admit the evidence obtained in police interview.)[26]

Auf EU-Ebene sind AVA nur bei der Vernehmung von Kindern gemäß der Richtlinie über Verfahrensgarantien für Kinder vorgeschrieben.[27] Die AVA wird jedoch nur gewährt, wenn sie unter den Umständen des Falles verhältnismäßig ist, wobei unter anderem berücksichtigt wird, ob ein Rechtsbeistand anwesend ist oder nicht und ob dem Kind die Freiheit entzogen wurde oder nicht, vorausgesetzt, dass das Kindeswohl immer eine vorrangige Erwägung ist. Bislang gibt es jedoch auf EU-Ebene keine Vorschrift, die polizeilichen Vernehmungen aller erwachsenen Verdächtigen audiovisuell aufzuzeichnen.

---

[17] CAT, „Concluding Observations: Macedonia’ (2022) UN Doc CAT/ C/MNE/CO/3, § 19(g) „Es sollen systematische Videoaufzeichnung der Vernehmung von verdächtigen Personen in Polizeigewahrsam sichergestellt und verbindliche Anweisungen für die Speicherung der Aufnahmen, einschließlich der vorgeschriebenen Mindestdauer, vorgeschrieben werden” (Original: Ensure the systematic video recording of the questioning of suspects in custody, and establish mandatory instructions for the storage of recordings, including a prescribed minimum duration.“; CAT, „Concluding Observations: China“ (2016) UN Doc CAT/ C/ CHN/ CO/ 5, § 34; CAT, „Concluding Observations: Liechtenstein“ (2016) UN Doc CAT/ C/ LIE/ CO/ 4, § 12.
[18] CAT, „Concluding Observations: Qatar“ (2013) UN Doc CAT/ C/ QAT/ CO/ 2, § 10; CAT, „Concluding Observations: Armenia“ (2017) CAT/ C/ ARM/ CO/ 4, § 12.
[19] CAT, „Concluding Observations: France“ (2010) UN Doc CAT/ C/ FRA/ CO/ 4- 6, § 16.
[20] CAT, „Concluding Observations: Honduras“ (2016) UN Doc CAT/ C/ HND/ CO/ 2, § 12.
[21] CAT, „Concluding Observations: Spain“ (2015) UN Doc CAT/ C/ ESP/ CO/ 6, § 11; CAT, „Concluding Observations: Jordan“ (2016) UN Doc CAT/ C/ JOR/ CO/ 3, § 24; CAT, „Concluding Observations: Armenia“ (2016) UN Doc CAT/ C/ ARM/ CO/ 4, § 12.
[22] CAT, „Concluding Observations: Kyrgyzstan“ (2013) UN Doc CAT/ C/ KGZ/ CO/ 2, § 9.
[23] UN-Menschenrechtsausschuss (UN Human Rights Committee), „List of issues prior to submission of the seventh periodic report of Japan“ (2017) UN Doc CCPR/C/JPN/QPR/7, § 12.
[24] CPT, 1992, *„Polizeigewahrsam“*, Auszug aus dem 2. Jahresbericht des CPT, CPT/Inf(92)3, § 39. <https://rm.coe.int/16806cea1d>. (CPT, 1992, “*Police custod*y”, Extract from the 2nd General Report of the CPT, CPT/Inf(92)3, § 39. <https://rm.coe.int/16806cea2f>.).
[25] CPT, 2002, „*Entwicklungen der CPT-Standards bezüglich Polizeigewahrsam“*, Auszug aus dem 12. Jahresbericht des CPT, CPT/Inf(2002)15, § 36<https://rm.coe.int/16806cd1db>. (CPT, 2002, “*Developments concerning CPT standards in respect of police custody*”, Extract from the 12th General Report of the CPT, CPT/Inf(2002)15, § 36<https://rm.coe.int/16806cd1ed>)
[26] EGMR, *Doyle v. Ireland*, Klage Nr. 51979/17, § 99.
[27] Richtlinie über Verfahrensgarantien für Kinder, Artikel 9.

Regionale Herausforderungen

In Ermangelung einer allgemeinen Vorschrift auf EU-Ebene ist die AVA von polizeilichen Vernehmungen oft nicht in den nationalen Gesetzen verankert. Zum Zeitpunkt der PROCAM-Untersuchung im Jahr 2018 hatten nur vier Länder innerhalb der EU, nämlich Irland, Kroatien, Portugal und Rumänien, Gesetze verabschiedet, die eine allgemeine Verpflichtung zur audiovisuellen Aufzeichnung von Vernehmungen aller verdächtigen Personen vorsehen.[28] Einige Staaten haben eine Verpflichtung zur audiovisuellen Aufzeichnung von Vernehmungen in ihre Gesetzgebung aufgenommen, diese aber entweder auf bestimmte Opfer und Zeugen oder nur auf bestimmte verdächtige Personen, insbesondere Kinder, beschränkt.

Gesetzliche Verpflichtung zu Vernehmungen mit AVA[29]

	Für alle verdächtigen Personen	Nur für verdächtige Personen, die inhaftiert wurden	Nur für Kinder, die eines Verbrechens verdächtigt oder beschuldigt werden	Nur für erwachsene Personen, die sich in einer schutzbedürftigen Situation befinden	Nur für bestimmte Straftaten
Belgien	X	X	X	X	X
Bulgarien	X	X	X	X	X
Deutschland	V				
Estland	X	X	X	X	X
Frankreich	X	X	X	X	X
Griechenland	X	X	X	X	X
Irland	X	X	X	X	V
Italien	X	X	X	X	V
Kroatien	X	X	X	X	X
Litauen	X	V	X	X	X
Niederlande		V			
Polen	X	X	X	X	X
Portugal	X	X	V	V	V
Rumänien	X	X	X	X	X
Slowakei	v				
Spanien	v				
Tschechische Republik	X	X	X	X	X
Zypern	X	X	X	X	X

Erläuterung der Symbole: „X“ *bedeutet, dass in dem Land keine gesetzliche Verpflichtung zur AV-Aufzeichnung polizeilicher Vernehmungen der jeweiligen Gruppe verdächtiger Personen oder nur für bestimmte Straftaten besteht, „V“ bedeutet, dass eine gesetzliche Verpflichtung besteht.*

[28] Fair Trials, „PROCAM International Desk Report, audio-visual recording during interrogations“ (2018), S. 11-27, <https://www.fairtrials.org/articles/publications/audiovisual-recordings-during-interrogations/>.

[29] Ebd. Die Daten von 2018 wurden mit der regionalen Fair-Trials-Erhebung 2021 für Bulgarien, Griechenland, Kroatien, , Rumänien und Spanien und aktualisiert.

Die Praxis, polizeiliche Vernehmungen audiovisuell aufzuzeichnen, wird in der EU nach wie vor nur unzureichend angewandt. Es ist nach wie vor gängige Praxis, dass die Vernehmer:in ein schriftliches Protokoll anfertigt.[30] Schriftliche Aufzeichnungen sind in der Regel nicht detailliert genug, um die Zuverlässigkeit des Geständnisses zu prüfen, während eine AVA eine unabhängige Bestätigung der Aussagen der verdächtigen Person liefert, verlässliche Beweise für Strafverfahren sichert und einen wichtigen Schutz gegen falsche Geständnisse und unrechtmäßige Verurteilungen bietet.[31]

In den Ländern, in denen die AVA im nationalen Recht verankert ist, haben sich die folgenden Faktoren als Hindernis für ihre effektive Umsetzung in der Praxis erwiesen.

Begrenzter Anwendungsbereich

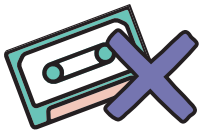
In vielen Staaten wird die AVA nur für Kinder, Zeuginnen und Zeugen und Opfern angewandt. In Belgien beispielsweise ist sie auf Opfer und Zeuginnen und Zeugen, die Kinder sind, beschränkt, und das im Rahmen von Vernehmungen zu einer umfassenden Liste von Straftaten.[32] In Estland müssen nur Vernehmungen von minderjährigen Zeuginnen und Zeugen dann audiovisuell aufgezeichnet werden, wenn die gewonnenen Beweise vor Gericht verwendet werden sollen.[33] In anderen Ländern, wie z. B. Irland, ist sie auf Personen beschränkt, die sich in Haft befinden (Erwachsene und Kinder), erstreckt sich aber offiziell nicht auf verdächtige Personen, denen die Freiheit nicht entzogen wurde (einschließlich Kinder).[34] In einigen Rechtssystemen ist sie auf bestimmte Arten von Straftaten beschränkt. In Frankreich beispielsweise gilt die AVA nur für Personen, die schwerster Straftaten verdächtigt werden,[35] was vielen Menschen diese Garantie vorenthält und Bedenken hinsichtlich des Gleichbehandlungsgrundsatzes vor dem Gesetz aufwirft.[36]

Technische Probleme

Obwohl in Portugal die AVA aller polizeilichen Vernehmungen gesetzlich vorgeschrieben ist, werden die Vernehmungen in der Praxis aufgrund fehlender Mittel oft nicht aufgezeichnet, da die Polizeidienststellen nur selten mit der erforderlichen Technik ausgestattet sind.[37] In Rumänien verfügen nur einige Polizeidienststellen und spezialisierte Staatsanwaltschaften (insbesondere im Bereich der Korruptionsbekämpfung und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität) über die erforderliche technische Ausrüstung für die Aufzeichnung.[38]

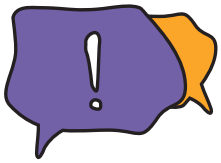
---

[30] Ebd., S. 27.
[31] Ebd., S. 4.
[32] Ebd., S. 22.
[33] Ebd., S. 18.
[34] Ebd., S. 19.
[35] Außer bei Kindern, bei denen die Vernehmung immer aufgezeichnet werden muss.
[36] Fair Trials, „PROCAM International Desk Report, audio-visual recording during interrogations“ (2018), S. 14, <https://www.fairtrials.org/articles/publications/audiovisual-recordings-during-interrogations/>. Fair Trials und Hungarian Helsinki Committee, *Meeting report – Experience-sharing Event*, S. 5, in dem angemerkt wird, dass sich die Polizei bei der Einführung des Gesetzes in der Tat gegen eine Ausweitung der Verpflichtung zur AV-Aufzeichnung der Vernehmung aller verdächtigen oder beschuldigten Personen ausgesprochen hat, da dies zu zeitaufwendig gewesen wäre und nicht genügend Ressourcen zur Verfügung standen.
[37] Fair Trials, „PROCAM International Desk Report, audio-visual recording during interrogations“ (2018), S. 16, <https://www.fairtrials.org/articles/publications/audiovisual-recordings-during-interrogations/>.
[38] Ebd., S. 17 (dies wurde in der regionalen Umfrage von Fair Trial bestätigt.)



Verfahrenstechnische Schwierigkeiten bei der Verwendung der Aufzeichnung

In vielen Ländern werden die Aufnahmen nicht automatisch als Teil der Akte an die Verteidigung weitergegeben. In Frankreich beispielsweise werden sie der Verteidigung nur im Falle eines Streits über den Inhalt der Vernehmung zur Verfügung gestellt. Wenn die verdächtige Person Einsicht in die Aufzeichnung nehmen möchte, muss sie dies bei der zuständigen Richterin bzw. bei dem zuständigen Richter oder bei Gericht beantragen. Solche Anträge werden aber in der Regel abgewiesen.[39] Infolgedessen verlassen sich Strafverteidiger:innen selten auf AVA. So hat beispielsweise im Jahr 2018 von 200 Fällen, die in einem Jahr von einer zuständigen Richterin oder einem zuständigen Richter bearbeitet wurden, nur eine verdächtige Person um Einsicht in die Aufzeichnung gebeten.[40] Schließlich werden die Aufzeichnungen nach Ablauf einer 5-Jahres-Frist ab Beginn des Verfahrens vernichtet, was die Möglichkeit, Verstöße gegen Verfahrensrechte anzufechten, erheblich einschränkt, da Strafverfahren in der Regel länger als fünf Jahre dauern, insbesondere dann, wenn Berufung eingelegt wird.[41]



Gespräche und Missbrauch außerhalb des Vernehmungsraums

Die AV-Aufzeichnung bietet keinen absoluten Schutz gegen Zwang und Missbrauch, da diese auch außerhalb des Vernehmungsraums geschehen können, beispielsweise bei der Verhaftung oder bei der Überführung auf die Polizeidienststelle.[42] In Irland gab es unter den Praktiker:innen Bedenken hinsichtlich der Kommunikation mit der verdächtigen Person vor der Vernehmung – z. B. Absprachen, Versprechungen, Drohungen –, die nicht aufgezeichnet werden.[43] Es stimmt zwar, dass die audiovisuellen Aufnahmen nicht ausreichen, um unangemessenen Druck und Misshandlungen vor der Vernehmung zu verhindern, aber sie können dennoch Blutergüsse, andere Anzeichen von Gewalt oder Hinweise auf frühere informelle Kontakte zwischen der Polizei und der befragten Person aufdecken.[44]

---

[39] Ebd., S. 14.
[40] Fair Trials und Hungarian Helsinki Committee, *Meeting report – Experience-sharing Event*, S. 5.
[41] Fair Trials, „PROCAM International Desk Report, audio-visual recording during interrogations“ (2018), S. 14, <https://www.fairtrials.org/articles/publications/audiovisual-recordings-during-interrogations/>.
[42] Beispielsweise stellte der CAT in der Entscheidung *X v Burundi f*est, dass die Person, die Beschwerde einreichte, bei ihrer Verhaftung gefoltert wurde, da sie in Brust, Rippen, Rücken und Kopf geschlagen und getreten wurde, während eine Waffe auf ihren Kopf gerichtet war. CAT, *X v Burundi*, No 553/ 2013, UN Doc CAT/ C/ 55/ D/ 553/ 2013, 10. August 2015.
[43] Fair Trials, „PROCAM International Desk Report, audio-visual recording during interrogations“ (2018), S. 15, <https://www.fairtrials.org/articles/publications/audiovisual-recordings-during-interrogations/>.
[44] Fair Trials and Hungarian Helsinki-Komitee, *Meeting report – Experience-sharing Event*, S. 5 und 12.

Vielversprechende Praktiken für audiovisuelle Aufnahmen

Vielversprechende Praktiken aus Irland

Beschreibung der Praxis

In Irland sehen die Verordnungen des Criminal Justice Act, 1984 (Electronic Recording of Interviews) von 1997 vor, dass Vernehmungen von Personen, die wegen schwerer Straftaten verhaftet und aufgrund spezifischer Gesetzgebung inhaftiert wurden, elektronisch aufgezeichnet werden, oder dass sie schriftlich festgehalten werden müssen, wenn eine elektronische Aufzeichnung nicht möglich ist. In der Praxis werden jedoch alle Vernehmungen (von inhaftierten Personen und Personen, die sich freiwillig dort aufhalten oder die aufgrund anderer Gesetze festgenommen wurden) elektronisch mithilfe von AVA aufgezeichnet und schriftlich festgehalten, was den Vernehmungsprozess erheblich verlangsamt. Ursprünglich wurden VHS-Kassetten verwendet, heute werden DVDs eingesetzt.

Die Verordnungen enthalten Bestimmungen über die Sicherheit der Bänder – das versiegelte Masterband wird der oder dem Member in Charge ausgehändigt, die oder der diese in dem Haftprotokoll der inhaftierten Person vermerkt[45] – und über die Vernichtung der Bänder.[46] Sechs Monate nach dem Datum der Vernehmung kann eine verdächtige Person die Vernichtung der Bänder beantragen.[47] Die Bänder werden vernichtet, wenn kein Verfahren eingeleitet wurde (nicht wenn die verdächtige Person flüchtig ist) oder die verdächtige Person freigesprochen oder entlassen wurde oder das Verfahren eingestellt wurde. Die verdächtige Person, ihre gesetzliche Vertretung oder eine in ihrem Namen bevollmächtigte Person hat auf Antrag das Recht, ihrer Vernichtung beizuwohnen. Wenn jedoch ein Zivilverfahren läuft und eine Partei der Polizei mitteilt, dass das Band möglicherweise benötigt wird, wird das Band erst sechs Monate nach Abschluss des Verfahrens oder nach Abschluss eines etwaigen Berufungsverfahrens vernichtet.[48]

Was den Ausschluss von Beweismitteln betrifft, so führt die Nichteinhaltung der Verordnungen (als Sekundärrecht) derzeit nicht dazu, dass die Beweismittel an sich unzulässig sind,[49] sodass es im Ermessen des Gerichts liegt, im Laufe der Vernehmung gemachte Geständnisse nicht zuzulassen. Ein Gericht wird sich die Umstände des Falls ansehen und kumulativ feststellen, ob sie die Zulässigkeit der Aussage beeinflussen.[50] Wenn jedoch die allgemeine Fairness des Falles es gebietet, dann liegt es im

---

[45] Electronic Recording of Interview Regulations, 1997, Verordnung 13.
[46] Electronic Recording of Interview Regulations, 1997, Verordnung 14.
[47] Ebd.
[48] Electronic Recording of Interview Regulations, 1997, Verordnung 14(4).
[49] Der Criminal Justice Act 1984, Abschnitt 7(3) im Allgemeinen und Abschnitt 27(4) speziell zu AVA besagt: *„Eine Nichteinhaltung einer Bestimmung der Verordnungen allein macht eine Person nicht zivil- oder strafrechtlich haftbar, und (unbeschadet der Befugnis des Gerichts, Beweise nach eigenem Ermessen auszuschließen) macht eine Nichteinhaltung allein nichts, was während einer solchen Vernehmung gesagt wurde, als Beweis unzulässig." (Any failure to comply with a provision of the regulations shall not by itself render a person liable to civil or criminal proceedings, and (without prejudice to the power of the court to exclude evidence at its discretion) shall not by itself render inadmissible in evidence anything said during such questioning.*)
[50] Siehe z. B. auch *The People (DPP) v P. A.* unreported [2008] IECCA 21, wo eine Klage wegen Verletzung der Verordnungen abgewiesen wurde, da die kumulative Wirkung der angeführten Umstände nicht dazu führte, dass die Aussage unzulässig wurde.

Ermessen des Gerichts, einen Verstoß gegen die Verordnungen nicht zu verzeihen.[51] Die Verhandlungsrichterin oder der Verhandlungsrichter wird über die Auswirkungen des Verstoßes gegen die Verordnungen entscheiden und darüber, ob die beschuldigte Person einen Schaden erlitten hat.[52] Der aktuelle Gesetzesentwurf[53] wird die AVA jedoch auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Sobald dies primärrechtlich verankert ist, gelten Beweise, die bei einer Vernehmung gewonnen wurden, die nicht elektronisch aufgezeichnet wurde, als illegal erlangt. Illegal gewonnenes Beweismaterial kann nach dem Ermessen der Verfahrensrichterin oder des Verfahrensrichters oder auf der Grundlage einer Bewertung der Gesamtheit der Umstände dennoch zugelassen werden. Es ist jedoch möglich, dass Vernehmungen, die ohne AVA durchgeführt werden, die verfassungsmäßigen Rechte einer verdächtigen Person verletzen, nämlich das Recht auf ein faires Verfahren. Wenn sich herausstellt, dass Beweise verfassungswidrig erlangt wurden, werden sie ausgeschlossen, aber nur, wenn sie durch eine „absichtliche und bewusste" (Original: deliberate and conscious) Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte erlangt wurden.[54] Daher ist die Ausschlussregel in Irland in der Praxis recht schwach und unterliegt einer „Unachtsamkeitsausnahme" (Inadvertence Exception).[55]

Der aktuelle gesetzliche Entwurf macht die AVA zu einer gesetzlichen Verpflichtung, außer in Situationen, in denen das Aufnahmegerät oder ein Aufzeichnungsmedium zu Beginn einer Vernehmung oder im Verlauf der Vernehmung nicht zur Verfügung steht oder nicht funktioniert. In solchen Fällen werden die Vernehmungen schriftlich aufgezeichnet.

Die Kosten in Euro für die AVA der Polizei für die letzten sieben Jahre wurden über einen Antrag auf Informationsfreiheit ermittelt.

Jahr	Geräteans-chaffung	Andere Ausgaben	Ausgaben für Unterstützung und Wartung
2015	10,193.54	–	96,888.44
2016	675,792.35	–	86,775.40
2017	72,576.62	1,106.63	148,808.43
2018	23,660,63	–	163,424.20
2019	15,697.08	2,111.66	165,283.64
2020	32,287.94	2,809.13	59,140.59
2021	107,667.58	6,460.37	132,116.87
2022	–	686,68	81,321.78

*Andere (Umplatzierung, Wiedererrichtung, etc.)

[51] Siehe z. B. *The People (DPP) v Christopher Crowe* unreported [2015] IECA 9, § 67.
[52] *DPP v Diver* [2005] 3 IR 270.
[53] An Garda Síochana (Powers) Bill 2021, <http://www.justice.ie/en/JELR/Gen_Scheme_of_AGS_(Powers)_Bill.pdf/Files/Gen_Scheme_of_AGS_(Powers)_Bill.pdf>.
[54] Siehe *DPP v JC* [2015] IESC 31.
[55] So wurden beispielsweise in einem kürzlich vor dem Sonderstrafgericht verhandelten Fall Beweise als zulässig erachtet, obwohl sie verfassungswidrig erlangt worden waren. Siehe <https://www.independent.ie/irish-news/crime/regency-trial-illegally-taped-gerry-hutch-conversations-can-be-used-in-evidence-in-the-interest-of-justice-42190897.html>.

Vorteile

Die AVA von polizeilichen Vernehmungen ist in Irland zur Standardpraxis geworden. Wie die im Rahmen dieses Projekts befragten Fachleute betonten, ist diese Praxis nicht nur für die inhaftierten Personen, sondern auch für die Polizei von Vorteil, und liegt im Interesse der Gerechtigkeit und der Rechtspflege. Es wurde hervorgehoben, dass die Gardaí *„diese Möglichkeit sowohl als Schutz für die Gardaí als auch für die Befragten betrachtet."* (Original: *regard the facility as a safeguard for both the Gardaí and the interviewee alike).*[56] Der Generalsekretär des Justizministeriums (Secretary General of the Department of Justice) betonte im Jahr 2003: *„Die Solicitors sind voll des Lobes über das [AVA]-System, weil es ihrer Ansicht nach eine deutliche Verbesserung gegenüber der Situation darstellt, in der niemand genau wusste, was geschehen war, wenn Aussagen gemacht wurden. Es gab viel Diskussion darüber, was tatsächlich passiert war, wenn Vernehmungen durchgeführt wurden. Nun haben wir alles auf Band." (*Original: *Solicitors are full of praise for the [AVR] system because, in their view, it is a marked improvement on the situation where nobody knew precisely what had happened in the making of statements. There were a lot of arguments about what had actually happened when somebody was taken in for interview. It is now all on tape.)*[57]

Dieses Verfahren kann die Polizei vor Vorwürfen in Bezug auf Misshandlungen bei Vernehmungen in Polizeigewahrsam schützen. Wie Expertinnen und Experten jedoch betonen, hat diese Praxis trotz ihrer Vorteile nicht alle Misshandlungen in den irischen Garda-Dienststellen verhindert.[58]

Das CPT stellte in seinem Bericht über seinen Besuch in Irland im Jahr 2006 fest, dass die AVA für bestimmte Straftaten in Irland obligatorisch geworden ist. Das CPT bemerkte: *„Die Erkenntnisse des Besuchs im Jahr 2006 deuten darauf hin, dass die Audio-Video-Aufzeichnung in den Verhörräumen der Garda-Dienststellen wesentlich dazu beigetragen haben könnte, die Zahl der Misshandlungen, die von inhaftierten Personen gemeldet wurden, die unter die oben genannte Gesetzgebung fielen, zu verringern. Im Gegensatz dazu stellte die CPT-Delegation fest, dass bei Personen, die von der Polizei festgenommen und befragt wurden und die nicht unter die oben genannten Rechtsvorschriften fielen und deren Vernehmungen daher in der Regel nicht auf Video aufgezeichnet wurden, ein größeres Risiko bestand, von Garda-Beamten misshandelt zu werden. Dies war insbesondere dann der Fall, wenn die Verdächtigen Ausländer und/oder drogenabhängig waren." (Original: The findings during the 2006 visit suggest that audio-video recording in the interrogation rooms of Garda stations may have been a significant contributing factor to reducing the amount of ill-treatment alleged by persons detained under the above-mentioned legislation. By contrast, the CPT's delegation found that persons arrested and interviewed by the police, who did not fall within the above legislation and hence whose interviews were not usually audio-video recorded, ran a greater risk of ill-treatment by Garda officers. This was particularly the case when the suspects were foreign and/or drug addicts.)*[59]

Auch die irischen Gerichte haben betont, wie wichtig es ist, dass Vernehmungen aufgezeichnet werden. Das frühere Berufungsgericht für Strafsachen (Court of Criminal Appeal)[60] hat die An Garda Síochána mehrere Jahre lang darauf hingewiesen, dass das Versäumnis, Vernehmungen aufzuzeichnen, ohne dass außergewöhnliche Umstände dies rechtfertigen, dazu führen kann, dass erlangte Aussagen oder

[56] Steering Committee on Audio and Audio/Video Recording of Garda Questioning of Detained Persons, Third Report, 2004, S. 9, https://www.justice.ie/en/JELR/AudioVideoReport.pdf/Files/AudioVideoReport.pdf, [Nachfolgend: AVR Committee Report 2004].
[57] Committee of Public Accounts, Special Report No. 5 - Garda Interview Recording Systems, 26. Juni 2003, <https://www.oireachtas.ie/en/debates/debate/committee_of_public_accounts/2003-06-26/3/>.
[58] Dr. Vicky Conway und Prof. Yvonne Daly, „From Legal Advice to Legal Assistance: Recognising the Changing Role of the Solicitor in the Garda Station", (2019), 3 IJSJ.
[59] CPT, Bericht über Irland, 2006, CPT/Inf (2007) 40, § 19, https://rm.coe.int/1680696c96.
[60] Seit dem Inkrafttreten des Court of Appeal Act 2014 heißt er nun einfach „Court of Appeal".

Geständnisse vom Prozess ausgeschlossen werden, und hat betont, dass die AVA für die Integrität des Ermittlungsprozesses von entscheidender Bedeutung ist.[61]

In ähnlicher Weise hat das Morris Tribunal, eine öffentliche Untersuchung, die 2002 zur Untersuchung von Beschwerden über die Polizeiarbeit eingeleitet wurde, die Bedeutung der Praxis der AVA von Vernehmungen für den Schutz der Rechte der Befragten und den Schutz der befragenden Personen vor falschen Misshandlungsvorwürfen anerkannt.[62] Ein weiterer Vorteil, den das Morris Tribunal hervorhebt, ist, dass sie *„ein sehr effektives Instrument sind, mit dem sie [An Garda Síochána] die Leistung ihrer Befragenden überprüfen und aus Fehlern lernen können, die bei einer bestimmten Vernehmung offensichtlich werden." (Original: a very effective tool by which they [An Garda Síochána] can review the performance of their interviewers and learn from any mistakes that are evident from any particular interview.)*[63] Es empfahl außerdem, in Übereinstimmung mit bewährten Praktiken aus anderen Ländern, *„die externe audiovisuelle Überwachung von Vernehmungen während ihres gesamten Verlaufs zu erwägen, insbesondere bei Vernehmungen, die schwerere Straftaten betreffen, und dass diese Überwachung von leitenden Beamtinnen und Beamten, vorzugsweise von Vernehmungsspezialistinnen und Vernehmungsspezialisten, die in der Lage sind, eine angemessene Beratung zu erteilen, durchgeführt wird." (*Original: *consideration be given to the external audio visual monitoring of interviews as they progress, in particular in respect of interviews concerning more serious crime and that this monitoring be conducted by a senior officer, preferably an interview specialist in a position to offer appropriate advice*.)[64]

So könnte die Praxis der AVA die Durchführung von Vernehmungen verbessern, sowohl in Echtzeit, wenn eine externe Überwachung eingesetzt wird, als auch in Bezug auf den Aufbau von Kapazitäten und die Ausbildung durch die Nachprüfung der Aufnahmen.

Konsultationen mit Fachleuten im Rahmen dieses Projekts haben die Vorteile und Möglichkeiten der AVA deutlich dargestellt. AVA wurde als eine der wichtigsten Schutzmaßnahmen zur Wahrung der Rechte von inhaftierten Personen genannt. Eine AVA kann dabei helfen, wichtige Unstimmigkeiten zu klären, die für die Verteidigung des Falles entscheidend sein können. Die beiden konsultierten Strafverteidiger:innen schilderten verschiedene Fälle, in denen die AVA eine andere Bedeutung eines Satzes aufzeigte als in der Niederschrift – z. B. aufgrund einer Geste –, die für die erfolgreiche Verteidigung eines Falles wesentlich war.

[61] Siehe *People (DPP) v. Connolly [2003] 2 IR 1, People (DPP) v. Murphy [2005] 4 IR 504 and People (DPP) v. Diver* [2005] 3 IR 270.
[62] Morris Tribunal, Report of the Tribunal Inquiry - Report on the detention of 'suspects' following the death of the late Richard Barron on the 14th of October 1996 and related detentions and issues, Volume 3, 2008, S. 1244-1245, https://www.garda.ie/en/about-us/publications/general-reports/morris-tribunal-report-vol-3.pdf>, S. 1244-1245.
[63] Ebd., S. 1218.
[64] Ebd.

Entstehungsgeschichte

Die AVA von polizeilichen Vernehmungen ist keine neue verfahrensrechtliche Schutzmaßnahme in Irland.[65] Das irische Strafrechtsgesetz (Irish Criminal Justice Act) 1984 sah bereits die Befugnis des Justizministers vor, sie einzuführen.[66] Dennoch wurden diese Verordnungen erst 1997 eingeführt.

Der Grundstein für die Verordnungen von 1977 wurde durch einen Bericht von Amnesty International über Misshandlungsvorwürfe in Garda-Gewahrsam gelegt. Erst im November 1989 setzte die irische Regierung ein Komitee zur Untersuchung bestimmter Aspekte des Strafverfahrens ein, das Martin Committee.[67] Das Komitee wurde nach einer Reihe von Skandalen und Justizirrtümern wie der Aufhebung der ungerechtfertigten Verurteilungen der „Guildford Four" für die von der Provisional Irish Republican Army in Großbritannien verübten Bombenanschläge in einem Pub in Guildford und anderen irischen Justizirrtümern im Vereinigten Königreich (UK) ins Leben gerufen.[68] Daher war es zu jener Zeit eine politische Priorität, dafür zu sorgen, dass die Verfahrensrechte von inhaftierten Personen respektiert werden, um weitere Justizirrtümer zu vermeiden. Audioaufnahmen wurden im Vereinigten Königreich mit dem Police and Criminal Evidence Act 1984 eingeführt, nachdem *„die Justiz und die Öffentlichkeit das Verhalten der Polizei im Umgang mit Verdächtigen zunehmend kritisierten" (Originaltext: growing judicial and public criticism of police conduct when dealing with suspects)*, unter anderem im Zusammenhang mit dem Fall „Guildford Four".[69] Im Jahr 1990 empfahl das Martin Committee, Vernehmungen von inhaftierten Personen audiovisuell aufzuzeichnen und diese Praxis in ausgewählten Polizeidienststellen als Pilotprojekt einzuführen.[70]

1993 wurde ein Lenkungsausschuss für Audio- und Audio-/Videoaufnahmen von Vernehmungen inhaftierter Personen durch die Polizei (Steering Committee on Audio and Audio/Video Recording of

---

[65] Zum Hintergrund anderer Verfahrensrechte im Polizeigewahrsam: In Irland gibt es keinen obligatorischen Rechtsbeistand bei polizeilichen Vernehmungen, obwohl Rechtsbeistände seit 2014 im Rahmen einer informellen Vereinbarung an Vernehmungen teilnehmen dürfen. Dies soll durch die Garda Síochána (Powers) Bill 2021 gesetzlich verankert werden. Irland hat nur die EU-Richtlinien über das Recht auf Belehrung und Unterrichtung und die Richtlinie über Dolmetschen und Übersetzen übernommen. Nicht übernommen hat Irland die anderen Richtlinien über den Zugang zu einem Rechtsbeistand, Prozesskostenhilfe, Verfahrensgarantien für Kinder, die Unschuldsvermutung und das Recht, die Aussage zu verweigern.

[66] Criminal Justice Act 1984, Abschnitt 27(1) <https://www.irishstatutebook.ie/eli/1984/act/22/enacted/en/html>.

[67] Dáil Éireann-Debatte, 29. November 1989 <https://www.oireachtas.ie/en/debates/debate/dail/1989-11-29/36/>. Der Auftrag des Ausschusses lautete: „Angesichts der Tatsache, dass unbestätigte belastende Geständnisse einer verdächtigen oder beschuldigten Person gegenüber der Garda Síochana als Beweismittel für eine Verurteilung ausreichen können, sollte geprüft werden, ob zusätzliche Schutzmaßnahmen erforderlich sind, um sicherzustellen, dass solche Geständnisse ordnungsgemäß erlangt und aufgezeichnet werden, und es sollten entsprechende Empfehlungen ausgesprochen werden." (Original: Given that uncorroborated inculpatory admissions made by a suspected or accused person to the Garda Síochana can be sufficient evidence to ground a conviction, to examine whether additional safeguards are needed to ensure that such admissions are properly obtained and recorded and to make recommendations accordingly.)

[68] 1989 wurden die Guildford Four nach 15 Jahren Haft entlassen. Im Jahr 1990 wurden auch die Birmingham Six und die Maguire Seven aus der Haft entlassen. Die daraufhin eingesetzte Royal Commission on Criminal Justice veröffentlichte 1993 einen Bericht: Royal Commission, Report on Criminal Justice (Cmd 2263, 1993), auch bekannt als der *Runciman Report*, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/271971/2263.pdf. R. gegen Anne Maguire, Patrick Joseph Maguire, William John Smyth, Vincent Maguire, Patrick Joseph Paul Maguire, Patrick O'Neill und Patrick Conlon (1991) 94 Crim. App. R. 133. Ein weiteres Beispiel ist der Fall der Sallins Mail Train Robbery im Jahr 1976, bei dem Nicky Kelly 1992 begnadigt wurde, nachdem er 1978 zu 12 Jahren Gefängnis für ein Verbrechen verurteilt worden war, das er nicht begangen hatte, nachdem die Verurteilung hauptsächlich auf einem erzwungenen Geständnis beruhte, siehe „Former councillor Nicky Kelly, wrongfully convicted of Sallins train robbery, said he is 45 years waiting for apology", Irish Independent, 19. Januar 2022, <https://www.independent.ie/regionals/wicklow/news/former-councillor-nicky-kelly-wrongfully-convicted-of-sallins-train-robbery-said-he-is-45-years-waiting-for-apology-41253859.html>. Osgur Breatnach wurde ebenfalls zu Unrecht für diesen aufsehenerregenden Raubüberfall verurteilt und kämpft bis heute um Gerechtigkeit. Siehe „Osgur Breatnach's dogged 45-year search for justice", Irish Independent, 4. September 2021, <https://www.irishexaminer.com/news/spotlight/arid-40372718.html>. Siehe auch Dr Vicky Conway, „Not too late for State to atone for past crimes", the Irish Examiner, 26. Januar 2022,<https://www.irishexaminer.com/opinion/commentanalysis/arid-40792812.html>.

[69] KRW Law, „The role of the solicitor at the police station", (2017), S. 1, <https://krw-law.ie/wp-content/uploads/2017/05/The-Role-of-a-Solicitor-in-the-Police-Station-PACE-IPLS-8.3.17.pdf>.

[70] AVR Committee Report 2004, S. 1.

Garda questioning of detained persons) eingerichtet.[71] Unter seiner Aufsicht wurde zwischen 1994 und 1999 ein Pilotprojekt in ausgewählten Garda-Dienststellen durchgeführt. Beim ursprünglichen Pilotprojekt in einer Dienststelle hatte man mit Problemen zu kämpfen, wie z. B. der *„mangelnden Bereitschaft der Gefangenen, einer Vernehmung mit elektronischer Aufzeichnung zuzustimmen."* (Original: *reluctance on the part of detainees to consent to being interviewed using electronic recording*.)[72] Dies führte zu einem Mangel an statistischen Daten für das Pilotprojekt. Um dieses Problem zu lösen, wurde ein umfassenderes Pilotprojekt entwickelt und in vier Garda-Dienststellen durchgeführt.[73] Die Inanspruchnahme blieb jedoch weiterhin gering. Der Lenkungsausschuss forderte den Justizminister auf, Verordnungen für die obligatorische elektronische Aufzeichnung einzuführen.[74] 1997 wurden die Verordnungen über die elektronische Aufzeichnung von Vernehmungen (Electronic Recording of Interview Regulations) eingeführt, die eine Aufzeichnung der meisten polizeilichen Vernehmungen von Gefangenen vorsieht.[75]

Die Verordnungen gelten für alle Dienststellen, in denen ein Aufnahmegerät bereitgestellt und installiert wurde. Außerdem werden darin verschiedene Schutzmaßnahmen in Bezug auf die Praxis der Aufzeichnung festgelegt, die weiter unten erläutert werden.[76] Nach der Einführung der Verordnungen ist die Anzahl der elektronischen Aufzeichnungen von Vernehmungen *„dramatisch gestiegen" (*Original: *increased dramatically)*.[77] Der Lenkungsausschuss empfahl in seinem zweiten Bericht aus dem Jahr 1999 nachdrücklich die Einführung eines landesweiten AVA-Programms auf der Grundlage der Erfahrungen mit dem Pilotprojekt. Die Regierung akzeptierte die Empfehlungen und genehmigte 1999 ein landesweites Programm.[78] Um ein landesweites Programm einzuführen, mussten verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Dazu gehörten die Beschaffung und Installation der erforderlichen Ausrüstung, Änderungen der räumlichen Gestaltung und der Schalldämmung der Vernehmungsräume, um eine gute Qualität der Aufnahmen zu gewährleisten, sowie die Schulung der Polizei zur praktischen Anwendung der AVA. Der Abschlussbericht des Lenkungsausschusses aus dem Jahr 2004 hob die verschiedenen Maßnahmen hervor, die zur Einführung des Programms ergriffen werden mussten.[79]

---

[71] Der Ausschuss hatte zwei Aufgabengebiete. 1. Er sollte Empfehlungen an den Justizminister in Bezug auf Feldversuche machen: deren Standort; wesentliche Änderungen, die an den Vernehmungsräumen vorzunehmen sind; die erforderliche Ausbildung der Polizei; die Art der zu verwendenden Ausrüstung; die Frage, ob Änderungen den Judges' Rules (Richterregeln) erforderlich sind; besondere Vorkehrungen für Fälle der organisierten Kriminalität oder des Terrorismus, um insbesondere sicherzustellen, dass die Geheimdienstarbeit nicht beeinträchtigt wird; ein Verhaltenskodex – unter anderem zu den Rechten der verdächtigen Person, zu Geständnissen ohne Videoaufzeichnungen (am Tatort, auf dem Weg zur Dienststelle usw.); zu Unterbrechungen der Vernehmung aus irgendeinem Grund; zu technischen Pannen während der Vernehmung; zur Gelegenheit für die verdächtige Person zur Klarstellung usw. 2: Er sollte Vorkehrungen in Bezug auf das Pilotprojekt treffen, die eine strenge wissenschaftliche Überwachung des Projekts, eine Bewertung der Funktionsweise und der Kosten des Projekts, der wahrscheinlichen Auswirkungen von Audioaufnahmen und AVA auf das Strafrechtssystem insgesamt und des Ausmaßes, in dem das Pilotprojekt zeigt, dass eine wirksame und wirtschaftliche Grundlage für ein nationales Programm gefunden werden kann, sowie einen Bericht über das Ergebnis einer solchen Bewertung umfassen. Vorsitzender des Ausschusses war ein Richter und der Ausschuss bestand aus Rechtsbeiständen der Polizei, der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft, Vertreter:innen des Justizministeriums und einem Professor für Elektrotechnik.

[72] AVR Committee Report 2004, S. 2.

[73] Der Ausschuss hatte empfohlen, das Pilotprojekt in zwei Stufen durchzuführen: (i) ein vorläufiges, optionales Projekt, das auf eine Polizeidienststelle beschränkt war, und anschließend ein vollständiges Pilotprojekt gemäß den vereinbarten Rahmenbedingungen. Im Jahr 1994 begann das Projekt in Tallaght, aber da die Voraussetzung dafür die Zustimmung der Gefangenen war, willigten nur 8-9% der Gefangenen ein, dass Aufzeichnung gemacht wurden. Daher beschloss der Ausschuss, ein vollständiges Pilotprojekt in insgesamt vier Garda-Dienststellen durchzuführen. Die Akzeptanz war nach wie vor gering (durchschnittlich 13 % im Jahr 1995).

[74] Gemäß Abschnitt 27 des Criminal Justice Act, 1984.

[75] Vicky Conway und Yvonne Daly, „From Legal Advice to Legal Assistance: Recognising the Changing Role of the Solicitor in the Garda Station", (2019), 3 IJSJ.

[76] Die Verordnungen wurden in den Jahren 2009 und 2010 abgeändert.

[77] AVR Committee Report 2004, S. 2.

[78] Ebd., P. vii.

[79] Sie fanden auch heraus, dass 132 der 167 Garda-Dienststellen, in denen Vernehmungen durchgeführt wurden, mit der notwendigen Ausrüstung ausgestattet waren. Siehe Steering Committee on Audio and Audio/Video Recording of Garda Questioning of Detained Persons, Third Report.

Verbleibende Herausforderungen

Obwohl die AVA von Vernehmungen in Irland gängige Praxis ist und sich bewährt hat, gibt es immer noch einige rechtliche Probleme.

Herausforderung 1. Geltungsbereich des Gesetzes

Während in der Praxis die meisten Vernehmungen aufgezeichnet werden, gelten die Verordnungen nur für Dienststellen, in denen die Ausrüstung zur Verfügung gestellt und installiert wurde und in denen die befragte Person aufgrund bestimmter Bestimmungen (derzeit sechs Rechtsvorschriften) inhaftiert wurde.[80] Daher gelten die Verordnungen nicht, wenn eine Person freiwillig zu einer Polizeidienststelle geht, um eine Aussage zu machen, was unter Umständen, in denen eine Verhaftung dokumentiert wird, durchaus üblich ist. Vernehmungen müssen auch dann nicht aufgezeichnet werden, wenn die oder der Member in Charge bescheinigt, dass die Ausrüstung nicht funktioniert, nicht zur Verfügung steht, weil sie bereits benutzt wird, oder die Aufzeichnung aus anderen Gründen nicht durchführbar ist und eine Verzögerung der Vernehmung den Ermittlungsablauf behindern würde.[81] In der Praxis ist es jedoch aufgrund der im Laufe der Jahre in der Rechtsprechung gemachten klaren Stellungnahmen äußerst selten, dass die Polizei eine Vernehmung nicht elektronisch aufzeichnet. In der Praxis bringt die Polizei die verdächtige Person einfach zu einer anderen Dienststelle, wo AVA-Einrichtungen zur Verfügung stehen. Das dringendere Problem besteht, wenn verdächtigen oder beschuldigten Personen nicht die Freiheit entzogen wird.

Herausforderung 2. Zugang zu Informationen über AVA

Die Verordnungen sehen vor, dass die oder der Member in Charge die zu befragende Person mündlich und in einfacher Sprache darüber informieren muss, dass die Vernehmung elektronisch aufgezeichnet werden kann und dass sie in diesem Fall Anspruch auf eine Erklärung darüber hat, was mit den Aufzeichnungen der Vernehmung geschieht.[82] Außerdem enthält diese schriftliche Erklärung Informationen über den Ablauf der Aufzeichnung einer Vernehmung. Beispielsweise muss die oder der Member in Charge die zu befragende Person ausdrücklich belehren und bestimmte Details angeben, einschließlich des Namens und des Ranges aller anwesenden Garda-Mitarbeitenden, des Datums, der Uhrzeit des Beginns der Aufnahme und des Standorts der Dienststelle sowie des Namens der befragten Person.[83] Diese Informationen sind jedoch derzeit nicht in einfachem Englisch oder in einem leicht lesbaren Format verfügbar. Bilder der Ausrüstung sind nützlich für Kinder und verdächtige oder beschuldigte Personen mit Autismus-Spektrum-Störung (ASS) oder einer intellektuellen und/oder psychosozialen Beeinträchtigung[84]

---

[80] Electronic Recording of Interview Regulations, 1997, Verordnung 2. Die relevanten Bestimmungen sind: Abschnitt 30 des Act of the Offences Against the State Act, 1939; Abschnitt 4 des Criminal Justice Act, 1984; Abschnitt 2 des Criminal Justice (Drug Trafficking) Act, 1996; Abschnitt 42 des Criminal Justice Act, 1999; Abschnitt 50 des Criminal Justice Act, 2007; und Abschnitt 16 oder 17 des Criminal Procedure Act, 2010.

[81] Electronic Recording of Interview Regulations, 1997, Verordnung 4(3).

[82] Electronic Recording of Interview Regulations, 1997, Verordnung 5.

[83] Ebd.

[84] Menschen mit intellektuellen und/oder psychosozialen Beeinträchtigungen sind im irischen Gefängnissystem übermäßig stark vertreten, siehe Gulati, G., Murphy, V., Clarke, A., Delcellier, K., Meagher, D., Kennedy, H., & Dunne, C. P. (2018), „Intellectual disability in Irish prisoners: Systematic review of prevalence“, *International Journal of Prisoner Health, 14*(3), Seiten 188–196.

Herausforderung 3: Aufbewahrung und Vernichtung von Bändern / Technologische Weiterentwicklungen

Die Verordnungen regeln, wie vorzugehen ist, wenn die Vernehmung unterbrochen wird und das Verfahren aufwendig ist.[85] Wenn eine Person maximal 7 Tage lang festgehalten und jeden Tag mit zahlreichen Pausen befragt wird, würde eine riesige Anzahl an Tonbändern benötigt und anschließend gespeichert werden müssen.[86] Der AVA-Lenkungsausschuss betonte 2004, dass er sich *„der Tatsache bewusst ist, dass sich die Aufnahmetechnologie in rasantem Tempo verändert, insbesondere was die digitale Technologie bei der Übertragung und Aufnahme von Audio- und Videodaten betrifft." (Original: conscious of the fact that recording technology is changing at rapid pace, particularly in the case of digital technology as applied to audio and video transmission and recording.)*[87] Dieses praxisbezogene Problem könnte durch eine cloudbasierte Lösung gelöst werden. Dies würde es der Polizei ermöglichen, AVA von Vernehmungen direkt in die Cloud hochzuladen, anstatt sich auf DVDs zu verlassen. Die Verwendung von cloudbasierter Software würde jedoch die strikte Einhaltung der Erfassungs- und Aufbewahrungsbestimmungen der EU-Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung (Law Enforcement Directive – LED) erfordern, wenn es sich bei dem Anbieter möglicherweise um einen externen Anbieter handelt. Artikel 28 der LED schreibt vor, dass personenbezogene Daten, die bei einer polizeilichen Vernehmung erhoben werden, in einer Art und Weise verarbeitet werden müssen, die ein angemessenes Maß an Sicherheit und Vertraulichkeit gewährleistet. Es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den Belangen und Anforderungen des Datenschutzes und der Notwendigkeit für die Polizei, die Aufzeichnungen für den Fall künftiger Verfahren aufzubewahren.

Herausforderung 4: Zugang der Verteidigung zu Bändern

Die Verordnungen von 1997 sahen vor, dass der befragten Person oder ihrer gesetzlichen Vertreterin oder ihres gesetzlichen Vertreters auf schriftlichen Antrag eine Kopie des Tonbandes zur Verfügung gestellt werden konnte.[88] Nachdem es jedoch Vorwürfe dahingehend gab, dass diese Bänder in Kneipen zur Unterhaltung abgespielt wurden,[89] und dass Bandenchefs die Bänder von verdächtigen Personen anforderten, um sie darauf zu überprüfen, ob die vernommene Person sensible Informationen über die

---

[85] Wenn die befragte Person den Raum verlässt oder es ein Problem mit dem Band oder der Aufnahmeausrüstung gibt, muss die befragende Person festhalten, dass eine Pause eingelegt wird, den Grund für die Pause und die Uhrzeit nennen, das Gerät ausschalten, die Bänder entfernen, eines der Bänder mit einem Masterband-Etikett versiegeln und mit einer Identifikationsnummer versehen, das Band unterschreiben und die befragte Person bitten, es zu unterschreiben. (Electronic Recording of Interview Regulations, 1997, Verordnungen 7-10). Bevor die Vernehmung wieder aufgenommen wird, beginnt der Prozess von Nvon euem, vom Auspacken der Bänder bis zum Herrichten der Ausrüstung. Wenn es eine Pause gibt, in der die befragende und die befragte Person im Raum verbleiben, ist der Vorgang weniger kompliziert – der Mitarbeitende notiert, dass eine Pause gemacht wird, den Grund, die Zeit und schaltet die Geräte aus. Bevor die Vernehmung fortgesetzt wird, stellt die befragende Person das Gerät auf Aufnahme ein, erinnert die befragte Person daran, dass sie darauf hingewiesen wurde, und notiert den Zeitpunkt, zu dem die Vernehmung fortgesetzt wurde (Verordnung 10). Am Ende der Vernehmung fragt die befragende Person, ob die vernommene Person noch etwas sagen oder klarstellen möchte, liest die Notizen vor und fragt, ob die befragte Person Änderungen oder Ergänzungen vornehmen möchte, notiert die Zeit, schaltet die Ausrüstung aus, entfernt die Bänder, versiegelt eines der Bänder mit einem Masterband-Etikett und versieht es mit einer Identifikationsnummer, signiert es und bittet die befragte Person, es zu unterschreiben. Wenn die vernommen Person sich weigert oder nicht in der Lage ist, das Masterband zu unterschreiben, wird der oder die Member in Charge in den Vernehmungsraum gerufen und gebeten, es zu unterschreiben (Verordnung 12(2)).

[86] In einer Parlamentssitzung des Jahres 2003 wurde der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses (Chairperson of the Committee on Public Accounts) gefragt, warum die DVD-Technologie nicht eingeführt wurde, und wies darauf hin, dass in der Praxis „wenn eine Person den Raum verlässt, das Band gestoppt und ein neues eingelegt wird ... In einigen Fällen können bis zu 80 Bänder erforderlich sein." (Original: If a person leaves the room, the tape is stopped and a new one put in… In some cases up to 80 tapes can be required.) Das Problem tritt jedoch auch bei DVDs auf, wenn auch nicht in demselben Ausmaß. Committee of Public Accounts, Special Report No. 5 - Garda Interview Recording Systems, 26. Juni 2003, <https://www.oireachtas.ie/en/debates/debate/committee_of_public_accounts/2003-06-26/3/>.

[87] AVR Committee Report 2004, S. 12.

[88] Electronic Recording of Interview Regulations, 1997, Verordnung 16.

[89] Tony Purcell, „Crime lords see garda interview videos", Irish Examiner, 26. November 2003.

Bande preisgegeben hat,[90] wurde im Jahr 2007 per Gesetz festgesetzt, dass eine Person nur dann Zugang zu den Bändern erhalten kann, wenn sie einer Straftat angeklagt ist, vor Gericht gestellt wird und das Gericht anordnet, dass eine Person oder ihr gesetzlicher Vertreter eine Kopie erhalten darf.[91] Das Gericht kann Bedingungen für die Bereitstellung des Tonbandes für die Verteidigung festlegen.[92] Ist die verdächtige Person nicht „einer Straftat angeklagt" (Original: charged with an offence),[93] können weder sie noch ihr Rechtsbeistand eine Kopie des Bandes erhalten. Dies ist eine Herausforderung für die Strafverteidiger:innen, die nun vor Gericht einen formellen, umständlichen Antrag auf ein Tonband stellen müssen. Es ist eine Herausforderung, wenn die Mandantin oder der Mandant nicht angeklagt ist, da sie oder er vielleicht die Tonbänder für andere Verfahren einsehen möchte, aber keine Möglichkeit hat, darauf zuzugreifen. Das Problem der Einschüchterung durch Banden besteht zwar nach wie vor, aber dennoch könnte ein besseres Gleichgewicht zwischen dem eng regulierten irischen System der Bereitstellung von Kopien und dem kroatischen System der automatischen Bereitstellung hergestellt werden, wie in Abschnitt 4.2.1 dargelegt.

Herausforderung 5: Verzerrung durch die Kameraperspektive

Die Hauptkamera der Aufnahmeausrüstung ist auf das Gesicht der befragten Person gerichtet, deren Stuhl normalerweise in der Mitte des Raums steht. Je nach Kamerawinkel ist es manchmal möglich, einen Teil des Rechtsbeistands im Bild der Videoaufnahme zu sehen, allerdings nicht immer, da der Fokus auf dem Befragten liegt. Untersuchungen zeigen, dass die Person, die gefilmt wird, schuldiger erscheint, und dieses Problem spielt in Irland eine wichtige Rolle, da die Polizei mit dem Rücken zur Kamera sitzt.[94]

Herausforderung 6. Transkription

Die Polizistinnen und Polizisten machen sich während der Vernehmung zusätzlich zur AVA Notizen und manchmal gibt es Diskrepanzen. In den Gesprächen mit einem Strafverteidiger im Rahmen dieses Projekts wurde hervorgehoben, dass es zeitaufwendig sein kann, das Video zu sichten und es mit den zur Verfügung gestellten Notizen zu vergleichen. Es wurde jedoch eingeräumt, dass dies auch die Bedeutung der Verfügbarkeit einer AVA unterstreicht. Die irischen Gardaí haben festgestellt, dass „*die Notizen im Moment bedeuten, dass wir ein veraltetes System haben."* (Original: *at the moment the notes mean we are using an antiquated system)*.[95] In ähnlicher Weise hoben Wissenschaftler:innen hervor, dass es*„ für die Polizisten sehr schwierig ist, in Vernehmungen in einen Fluss von Fragen und Antworten zu kommen, und die* Vernehmungen*wären wahrscheinlich viel effektiver, wenn das Erfordernis, zeitgleiche Notizen zu machen, abgeschafft würde. Dies hat auch den Effekt, dass sich die Dauer einer Vernehmung erheblich verlängert, was bedeutet, dass die verdächtige Person länger festgehalten wird und es die Garda unnötig viel Zeit kostet." (*Original: *"It is very difficult for Gardaí to get into any flow of questions and answers within the interview because of this, and interviews are likely to be much more effective if the requirement for a contemporaneous note was removed.)*[96] Dies ist

[90] Tom Brady „Crime suspects can no longer demand tapes of interviews", Irish Times, 15. Februar 2007.
[91] Criminal Justice Act 2007, Abschnitt 56.
[92] Ebd., Abschnitt 56(1) „nur, wenn das Gericht dies anordnet und vorbehaltlich der Bedingungen, die das Gericht gegebenenfalls festlegt" (Original: only if the court so directs and subject to such conditions (if any) as the court may specify).
[93] Ebd.
[94] Siehe zum Beispiel Landström et al., „The camera perspective bias: A case study", 4(3):199 – 208, October 2007, Journal of Investigative Psychology and Offender Profiling.
[95] Michelle Hennessy, „Gardai recording interviews still have to take written notes, and they say it's hurting their work", the Journal.ie, 29. April 2014.
[96] Yvonne Daly and Vicky Conway, „Regulation of detention in Garda custody, Submission to Law Reform Commission for Fifth Programme of Law Reform", 2019, S. 6, <https://www.dcu.ie/sites/default/files/lawcentre/pdfs/daly_conway_lrc_submission.pdf>.

ein Thema, mit dem sich auch der AVA-Lenkungsausschuss im Jahr 2004 beschäftigt hat. Es wurden jedoch verschiedene Argumente für die Beibehaltung der Praxis der zeitgleichen Notizen in aufgezeichneten Vernehmungen angeführt, wie z. B. die Kosten für die Transkription und die Notwendigkeit, das Transkript zu überprüfen und zu beglaubigen.[97] Es ist nicht klar, ob diese Argumente für zeitgleich gemachte Notizen angesichts der technologischen Entwicklung im Jahr 2023 noch Gültigkeit besitzen. Der aktuelle Gesetzesentwurf wird dieses Problem jedoch lösen, indem er nur eine schriftliche Aufzeichnung verlangt, wenn die technische Ausrüstung nicht verfügbar ist oder wenn diese zu Beginn oder während einer Vernehmung ausfällt.[98] Aus dem Gesetzentwurf geht nicht eindeutig hervor, ob eine automatische Transkription vorgesehen ist.

Herausforderung 7. Beaufsichtigung

Eine zu dem Thema befragte Fachkraft wies darauf hin, dass es Bedenken dahingehend gibt, dass nicht alle Aufzeichnungen angeschaut werden und dass einige Polizistinnen und Polizisten das Gefühl haben könnten, dass die Aufzeichnungen nicht überprüft werden. Es gab zu diesem Thema folgende Empfehlung: *„Wenn wir uns auf AVA verlassen, sollten wir Stichproben durchführen und die Aufnahmen nach dem Zufallsprinzip prüfen."* (Original: *if we're going to rely on AVRs, we should conduct dip sampling on it and randomly assess the recordings*.)[99] AVA könnten auch für Schulungen verwendet werden.

Herausforderung 8. Ausrüstung nicht verfügbar

Wie bereits erwähnt, müssen Vernehmungen nicht aufgezeichnet werden, wenn dies nicht „praktikabel" ist, wenn die Ausrüstung nicht verfügbar ist oder bereits in einer anderen Vernehmung verwendet wird. Obwohl dies in der Praxis nur selten vorkommt, wird empfohlen, dass einfache Ressourcenprobleme die AVA nicht verhindern dürfen und dass alle Garda-Dienststellen nicht nur mit der richtigen Ausrüstung ausgestattet sein müssen, sondern auch mit genügend Geräten, sodass mehr als eine Vernehmung zur selben Zeit möglich ist. Der aktuelle Gesetzesentwurf könnte gestärkt werden, indem die Ausnahme für den Fall, dass die Ausrüstung nicht verfügbar ist, gestrichen wird.[100]

Herausforderung 9. Was geschieht, bevor die Kamera eingeschaltet und nachdem sie ausgeschaltet wurde

Wie bereits erwähnt, ist ein weiterer wichtiger Schutz, den die AVA bieten können, das Recht auf Information. In Irland werden verdächtige oder beschuldigte Personen jedoch über ihre Rechte belehrt, bevor sie den Vernehmungsraum betreten, und dieser Vorgang wird nicht audiovisuell aufgezeichnet. Es bestehen weiterhin Bedenken hinsichtlich anderer Interaktionen zwischen der Polizei und verdächtigen oder beschuldigten Personen im Vorfeld der eigentlichen Vernehmung, die nicht aufgezeichnet werden.

---

[97] AVR Committee Report 2004, S. 11.
[98] General Scheme of the Garda Síochána (Powers) Bill 2021, Head 60(2) (dies ist ein Gesetzesentwurf), <https://www.justice.ie/en/JELR/Gen_Scheme_of_AGS_(Powers)_Bill.pdf/Files/Gen_Scheme_of_AGS_(Powers)_Bill.pdf>
[99] ProRPC-Projektkonsultationen.
[100] General Scheme of the Garda Síochána (Powers) Bill 2021, Head 60(2) (dies ist ein Gesetzesentwurf), <https://www.justice.ie/en/JELR/Gen_Scheme_of_AGS_(Powers)_Bill.pdf/Files/Gen_Scheme_of_AGS_(Powers)_Bill.pdf>

Herausforderung 10. Kinder, die eines Verbrechens verdächtigt oder beschuldigt werden

Gerichtssysteme mit bewährten Verfahren mit Fokus auf Kindern, wie die von Belgien, Frankreich und Estland, sehen AVA bei Vernehmungen von Kindern vor, auch wenn ein Rechtsbeistand anwesend ist. Gegenwärtig gibt es keine entsprechenden Verordnungen in Bezug auf Kinder, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Kinder sind besonders schutzbedürftig, wenn es um Zwangsvernehmungen durch die Polizei geht. In Irland unterliegen Kinder den gleichen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zur Inhaftierung und Vernehmung wie Erwachsene, abhängig von der Gesetzgebung, nach der sie inhaftiert werden.[101] Selbst wenn die Vernehmung eines Kindes aufgezeichnet wird, besteht das Risiko eines falschen Geständnisses. Aufsehenerregende Fälle in anderen Ländern zeigen, dass zusätzliche Schutzmaßnahmen für Kinder notwendig sind, selbst wenn AVA durchgeführt werden.[102] Einige irische Polizistinnen und Polizisten erhalten eine spezielle Ausbildung für die Vernehmung von Kindern, die Verdächtige oder Beschuldigte (oder Opfer oder Zeugen) sind. Im Jahr 2020 haben jedoch nur 22 Polizistinnen und Polizisten diese Ausbildung erhalten.[103] Das Gesetz sollte dahingehend geändert werden, dass keine der üblichen Ausnahmeregelungen gilt, wenn die zu befragende Person ein Kind ist. Das Zusammenspiel aller Verfahrensrechte wird besonders deutlich, wenn es um Kinder geht, die mit dem Gesetz in Berührung kommen. Das Recht auf einen Rechtsbeistand ist für ein verdächtigtes Kind von besonderer Bedeutung.

Vielversprechende Praktiken von anderen EU-Mitgliedsstaaten

Vielversprechende Praxis in Kroatien

In Kroatien sind AVA für alle Vernehmungen anzuwenden, unabhängig vom Alter der verdächtigen oder beschuldigten Person.[104] Dies gilt jedoch nicht für geringfügige Vergehen.[105] Angesichts der Tatsache, dass die meisten Straftaten geringfügig sind, ist dies problematisch.

Jedoch ist das kroatische Modell in vielerlei Hinsicht stärker als das irische. Erstens in Bezug auf die Strafen, die verhängt werden, wenn keine AVA gemacht wird. Da die Bestimmungen für die AVA in Kroatien gesetzlich festgelegt sind, sind alle Beweise, die informell außerhalb der Aufzeichnung gesammelt wurden, rechtswidrig und dasselbe gilt, wenn die Polizei es versäumt, für die Vernehmung eine AVA zu machen. Dieser automatische Ausschluss von Beweismitteln ist wichtig, und da das irische System auf Verordnungen und nicht auf Gesetzen beruht, ist es in dieser Hinsicht viel schwächer.

---

[101] Kinder haben das Recht, dass ein Elternteil, ein Vormund oder ein anderer Erwachsener bei der Vernehmung anwesend ist. The Children Act 2001, Abschnitt 61(1). Siehe Teil 6 des Gesetzes mit der allgemeinen Überschrift „Treatment of Child Suspects in Garda Síochána Stations“, (Behandlung von verdächtigen Kindern in Garda-Síochána-Dienststellen), das besondere Bestimmungen für die Inhaftierung von Kindern in Garda-Dienststellen enthält.

[102] Siehe United States Dassey v. Dittmann, United States Dist. E. Dist. Wisconsin (No. 14-CV-1310) (12. Aug. 2016), wo auf zahlreiche Quellen verwiesen wird, die beschreiben, wie leicht falsche Geständnisse von unschuldigen, schutzbedürftigen Kindern, die einer Straftat verdächtigt werden, erlangt werden können, und wie unzuverlässig Geständnisse von Kindern sind, wenn sie keine rechtliche Unterstützung von Erwachsenen und Rechtsbeiständen erhalten.

[103] Parliamentary Question 447, <https://justice.ie/en/JELR/Pages/PQ-30-11-2021-477>.

[104] Human Rights House Zagreb, *PROCAM, Country Report Croatia*, S. 21, Abrufbar unter: https://www.fairtrials.org/sites/default/files/ProCam_Country_report_Croatia.pdf.

[105] Gerinfügige Straftaten fallen unter ein anderes Gesetz, das keine AVA vorsieht. In Kroatien gibt es zwei Hauptformen rechtswidrigen Verhaltens: „Kazneno Djelo“ (Straftaten) und „Prekršaj“ (Ordnungswidrigkeiten). Eine Ordnungswidrigkeit bezieht sich auf einen weniger schwerwiegenden Verstoß gegen die gesellschaftlichen Werte und zieht mildere Strafen nach sich.

Im kroatischen System ist es folgendermaßen: „Auf Wunsch der befragten Person kann die Aufnahme unmittelbar nach der Vernehmung abgespielt werden. Korrekturen, Nuancen oder Erklärungen können vorgenommen und aufgezeichnet werden. Eine Kopie der Aufzeichnung wird der verdächtigen Person oder deren Rechtsbeistand nach Abschluss der Vernehmung kostenlos zur Verfügung gestellt.“ (Original: At the request of the questioned person, the recording can be played immediately after questioning. Corrections, nuances or explanations can be made and recorded. A copy of the recording – free of charge – is provided to the suspected person or the defence lawyer after completion of interview.)[106] Diese automatische Wiedergabe der Vernehmung ist hilfreich, und die sofortigen Korrekturen können dazu beitragen, Dispute und Verwirrung zu vermeiden. Die sofortige Bereitstellung einer automatischen Kopie ist ebenfalls sehr zu begrüßen, da die bürokratischen Wege, die Verdächtige oder Beschuldigte manchmal ohne die Hilfe ihres Rechtsbeistands beschreiten müssen, um in Irland ihre eigenen Videos zu erhalten, ein Hindernis darstellen können. Das Verfahren in Irland sieht vor, dass der Rechtsbeistand einer verdächtigen Person bei einem Gericht einen Antrag auf Herausgabe des Videobandes stellen muss.[107]

Die Umsetzung der EU-Richtlinie über den Zugang zu einem Rechtsbeistand im Jahr 2013 in Kroatien, die die Reform in diesem Bereich angestoßen hat, macht deutlich, dass es nötig ist, dass Irland diese Richtlinie ebenfalls übernimmt.

Vielversprechendes Praktiken in Frankreich

Richtig umgesetzt kann die AVA eine positive Veränderung in der Verhaltensweise der verschiedenen an Vernehmungen beteiligten Parteien bewirken.

Im Falle von Frankreich wurde beobachtet, dass mit audiovisuellen Aufnahmen Polizistinnen und Polizisten sowie Richter und Richterinnen eine respektvollere Haltung gegenüber der verdächtigen Person und dem Rechtsbeistand einnehmen.[108] Rechtsbeistände sind ebenfalls vorsichtiger, da sie wissen, dass „inoffizielle“ Kommentare, die normalerweise nicht in das schriftliche Protokoll aufgenommen werden, aufgezeichnet werden. Insgesamt hat es eine besänftigende Wirkung auf die Parteien, da die Aufzeichnungen Streitigkeiten in Bezug auf abgegebene Erklärungen ein Ende setzen.[109]

[106] Human Rights House Zagreb, *PROCAM, Country Report Croatia*, S. 14, https://www.fairtrials.org/sites/default/files/ProCam_Country_report_Croatia.pdf.
[107] Siehe oben.
[108] Fair Trials, PROCAM, *Country report France*, S. 25, https://www.fairtrials.org/sites/default/files/ProCam_Country_report_France_EN.pdf.
[109] Ebd.

Wichtige Erkenntnisse

Sukzessive Verbreitung der AVA. Während die AVA die beste Praxis ist, wäre bereits eine Audioaufnahme ohne Video ein wichtiger Schritt nach vorne für Rechtssysteme, die keinerlei Aufzeichnungen haben.[110]

AVA ist kein alleiniger Schutz gegen Zwang und Missbrauch. Die audiovisuellen Aufnahmen müssen in ein breiteres Paket anderer Verfahrensgarantien integriert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sie Vorrang vor anderen Rechten auf ein faires Verfahren haben werden, wie etwa dem Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand. In der Entscheidung *Doyle v. Irland*[111] stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte keine Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren fest, da seiner Ansicht nach die AVA der polizeilichen Vernehmungen den gleichen Zweck erfüllte wie die Anwesenheit eines Rechtsbeistands, um Zwang und Misshandlung durch die Polizei zu verhindern.[112] Dies suggeriert, dass die AVA einer polizeilichen Vernehmung ein gleichwertiger Schutz wie die Anwesenheit eines Rechtsbeistands ist, wodurch dieser grundlegende Schutz gefährdet wird.[113]

Dies führt zu der heiklen Schlussfolgerung, dass dort, wo AVA gemacht werden, die Anwesenheit eines Rechtsbeistands nicht notwendig ist und umgekehrt. Aber AVA und das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand dienen unterschiedlichen Zwecken. Der erste ist eine Art Schutz vor Misshandlung und ermöglicht eine rückwirkende Überprüfung, ob die Verfahrensrechte eingehalten wurden. Die Anwesenheit eines Rechtsbeistands verhindert polizeilichen Missbrauch und Zwang, garantiert aber auch die Einhaltung aller anderen Verfahrensrechte wie das Recht, die Aussage zu verweigern. AVA können das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand nicht ersetzen, ohne dass dadurch alle Grundrechte gefährdet werden.

Daher müssen AVA Teil eines umfassenderen Reformpakets sein, um unter anderem sicherzustellen:

- dass eine Entwicklung weg von der auf Geständnisse ausgerichteten Vernehmung hin zur qualitativ hochwertigen Befragung unterstützt wird – d. h. hin zu Vernehmungen, die darauf abzielen, den Standpunkt, die Perspektive und den Kontext der verdächtigen Person zu verstehen, anstatt eine polizeiliche Theorie zu einem Thema voranzutreiben.
- dass der Rechtsbeistand die Aufnahmen nutzen kann, um sicherzustellen, dass die Rechte der Mandantinnen und Mandanten durchgesetzt werden.
- dass sich die Gerichte auch die Zeit nehmen, die nötig ist, um die Aufzeichnungen zu überprüfen, wenn es Streitigkeiten darüber gibt, was während einer Vernehmung passiert ist.
- dass die Gerichte für wirksame Rechtsbehelfe wie den Ausschluss von Beweisen sorgen, wenn Zwang oder Misshandlung während oder außerhalb von polizeilichen Vernehmungen stattfanden

---

[110] Principles on Effective Interviewing for Investigations and Information Gathering, Mai 2021, <https://interviewingprinciples.com>.

[111] EGMR, *Doyle v Ireland*, Klage Nr.51979/17, 23. Mai 2019, §

[112] Ebd.

[113] Siehe das abweichende Urteil des irischen Obersten Gerichtshofs im Fall DPP gegen Barry Doyle 2017 IESC 1, § 178, in dem Richter McKechnie nachdrücklich darauf hinweist, dass eine AVA kein Ersatz für die Anwesenheit eines Rechtsbeistands ist: „Ich glaube nicht, dass die derzeitigen Schutzmaßnahmen die Ungleichheit ausreichend berücksichtigen, die jetzt im Vernehmungsraum besteht und die die Rechte, über die wir gerade sprechen, daher bedrohen kann. Sicherlich gibt es in diesem Rechtssystem noch andere Schutzmaßnahmen, die den gegenwärtigen irischen Kontext von der vorherrschenden Position in den Vereinigten Staaten vor Miranda unterscheiden. Ich beziehe mich dabei in erster Linie auf das Erfordernis der Audio- und Videoaufzeichnung von Verhören und die sich daraus ergebende juristische Kontrolle und Aufsicht über das Verhalten der vernehmenden Garda, auch wenn dieses Verhalten nur selten – wenn überhaupt – auf regulatorischer Ebene überprüft wird. Dennoch bin ich nicht davon überzeugt, dass diese rückwirkende Supervision ein angemessener Ersatz für die Anwesenheit eines Rechtsbeistands bei der Vernehmung selbst ist.“ (Original: I do not believe that the present safeguards sufficiently address the inequality which now exists in the interview room and which can so threaten the rights being presently discussed. For certain there are other protective measures in place in this jurisdiction which differentiate the present Irish context from, say, the prevailing position in the United States pre-*Miranda*; I am referring, primarily, to the requirement of audio and video recording of interrogations, and the resulting judicial scrutiny and oversight of the conduct of questioning garda, even if such conduct is rarely - if ever - reviewed at a regulatory level. Even so, I am not convinced that this *ex post facto* supervision is an adequate surrogate for the presence of a solicitor at the interview itself.)

APADOR - CH

Fair
Trials

Irish Council for
Civil Liberties

10 Años
defendiendo los derechos
y libertades civiles

LUDWIG
BOLTZMANN
INSTITUT
Grund- und Menschenrechte